

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
wendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (rüh)

6. Jahrgang.

Freitag, 19. November 1926.

Nr. 270.

Untersucht den Skandal!

Der Staat war in den letzten Jahren der Schauplatz mannigfacher Affären, die größte scheint jedenfalls die neueste zu sein, die den Erbschaftsstreit um die Coburg-Güter zum Gegenstande hat. Ein Prager Advokat ist seit drei Wochen hinter Gittern und Nadeln, aber nach allem was bisher bekannt geworden ist, hat er in dem Skandalstück, das auf der Bühne aufgeführt wird, die Republik nicht gespielt. Etwas Unerhörtes, das kaum in einem zweiten Staate möglich wäre, ist geschehen, ein Korruptionsfall von kaum je dagewesener Größe liegt vor, immer neue Einzelheiten kommen ans Tageslicht, aber das Dunkel, das diese ebenso ungläubliche wie mysteriöse Geschichte umhüllt, wird immer größer.

Nach den testamentarischen Bestimmungen des im Jahre 1921 in Wien verstorbenen Prinzen Philipp von Coburg kommen zwei Erben in Betracht, der „slawische“ Prinz Cyrill von Bulgarien und der „deutsche“ Prinz Jossias von Coburg. Die Güter, welche die Erbschaft bilden, umfassen einen Grundbesitz von weit über 100.000 Joch, ihr Wert wird mit 750 Millionen Kronen geschätzt. Um in den Besitz der Erbschaft zu gelangen, setzt Cyrill einen großen Apparat in Bewegung. Neben einem Advokatenkomitee steht ihm auch eine Gruppe von Unterhändlern zur Seite, in der sich neben der nachgerade berühmten gewordenen Frau von Einem, ein Journalist namens Steiner und ein slowakischer Notar, Diera, befinden. An der Spitze dieses ehrenwerten Komitees steht Frau von Einem, deren verwunderliche Verwendung ihrer weiblichen Reize nicht unwesentlich bei der Durchsetzung der Aufträge, die diesem Komitee gestellt waren, mitgewirkt haben sollen. Neben der hohen Weiblichkeit haben nach dem Ausdruck eines Ministers auch „Millionen und der Monarchismus“ eine Rolle gespielt.

Das Komitee hat den Zeitpunkt seines Eingreifens richtig erkannt: gerade zu jener Zeit wurde das Fideikommissgesetz verhandelt, das ihm die Handhabe zu bieten schien, den Prinzen Cyrill die angeerbte Millionenerbschaft zuzuschütten. Das Gesetz liegt fertig im Entwurfe vor, da es sich um eine Angelegenheit handelt, in welcher die Weisung, eine Bestimmung hinein aufzunehmen, nach welcher die Erbschaftsmasse nicht verteilt werden darf. Niemandem fällt es auf, daß diese Klausel zu Gunsten eines Einzelnen, eben jenes Prinzen Cyrill, in das Gesetz eingefügt werden soll und daß Gesetz gelangt auch in dieser geänderten Fassung zur Annahme. Später kommt es zu einem Konflikt zwischen der Advokaten-Gruppe und dem Prinzen Cyrill einerseits, der Unterhändlergruppe andererseits, worauf der Prager Advokat des Prinzen verhaftet und in Untersuchungshaft gesetzt wird. Und nun liegt die Bombe auf. Die Geschichte der Verhaftung ist bekannt, es stellt sich heraus, daß die Verhaftung mißbräuchlich wurde, um den materiellen Interessen eines Einzelnen zu dienen.

Aber wer ist der Schuldige, wer war es, über dessen Verlangen jene berüchtigte Klausel in das Gesetz eingeschmuggelt wurde? Frau von Einem und der Journalist Steiner, die am besten über die Sache Aufklärung verbreiten könnten, werden verhaftet, aber schon am nächsten Tage aus der Haft entlassen und können sich aus dem Staube machen. Ein neues Rätsel: wer hat die so rasche Freilassung dieser ohne Zweifel in die Geschichte der verwickelten Personen verflochten, wer hat ein Interesse daran, daß die Angelegenheit vertuscht werde und wer besitzt die Macht dazu? Es beginnt ein großes Rätselraten, niemand will sich zur Autor- oder Vaterhaft der Verhaftung bekennen.

Es werden Namen von Politikern, von Ministern, von Behörden genannt, eines Tages erfolgt ein konzentrischer Angriff der tschechisch-merikanischen und tschechisch-österreichischen

Genosse Dr. Heller über die Coburg-Affäre.

Schwerste Bedenken gegen die Eingriffe der Justizverwaltung. — Für eine parlamentarische Untersuchungskommission.

Prag, 18. November. In der heutigen Senatsitzung brachte Genosse Dr. Heller anlässlich der Debatte über das Urheberschutzgesetz die Coburg-Affäre zur Sprache. Er zeigte die schweren Gefahren auf, die entstehen müssen, wenn im Gesetze Bestimmungen zum Schutz einzelner Personen hinterücks eingeschmuggelt werden, wie im Falle der lex Cyrill, und erklärte eine öffentliche Besprechung dieser geheimnisvollen Affäre, in die Politiker und Minister verwickelt zu sein scheinen, für unbedingt notwendig.

Die Tatsache, daß der Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt plötzlich ausgewechselt werden, gibt zu schwersten Bedenken Anlaß und untergräbt das Vertrauen in die gerichtliche Untersuchung.

Daher forderte Genosse Dr. Heller im Einklang mit den tschechischen Sozialdemokraten die parlamentarische Untersuchung dieses Falles, da nur ein unabhängiger parlamentarischer Untersuchungsausschuß, in dem auch die Opposition vertreten ist, Licht in diese mysteriöse Angelegenheit hineinbringen könne.

Ausgehend von der Kritik des vorliegenden Gesetzesentwurfes, wies Genosse Dr. Heller einleitend darauf hin, daß man nach den Erfahrungen mit der lex Cyrill künftig bei keinem Gesetze mehr sicher sein könne, ob nicht hinter den einzelnen Paragraphen Bestimmungen versteckt sind, die nicht das Interesse der Gesamtheit im Auge haben, sondern das Interesse einzelner Personen oder Klassen. Wer konnte damals bei der Verhandlung des Gesetzes über die Fideikommiss-Affäre — falls er nicht eingeweiht war — wissen, daß in der einfachen Gesetzesbestimmung zu einem Paragraphen des Gesetzes eine Bestimmung enthalten ist, die nicht das allgemeine Beste zum Ziele und Zweck hat, sondern einzelne Personen gegen andere bevorzugen soll. Jeder, der das Gesetz damals gelesen hat, konnte in dieser Bestimmung nichts anderes finden als eine einfache zivilrechtliche Bestimmung. Es war für uns damals ganz selbstverständlich, daß wir für ein Gesetz stimmen müssen, welches die Aufhebung der Fideikommiss-Affäre bezweckt; aber wir hätten es uns sehr wohl überlegt, wenn wir gewußt hätten, daß dieses Gesetz eine derartige Bestimmung enthält. Man nennt das mit einem Euphemismus „lex specialis“; es war aber keine lex specialis, sondern etwas ganz anderes.

Das Gesetz über die Aufhebung der Fideikommiss-Affäre wurde im Abgeordnetenhaus vorgelegt, es wurde im Ausschuss geprüft; im Ausschuss wird der Antrag überreicht, vom Ausschuss abgelehnt. Das Gesetz kommt ins Abgeordnetenhaus, der Berichterstatter referiert, ohne irgend etwas davon zu sagen, daß in das Gesetz eine neue Bestimmung aufgenommen werden soll, welche eine so weittragende Bedeutung hat.

Nach dem Referat des Berichterstatters kommt ein Antrag der koalitierten Parteien, der eine Zusatzbestimmung zu § 3 des Gesetzes enthält, und

den. Wer hat nun wieder hier die Hände im Spiel, welchen Einflüsse sind es, der den Versuch der Unterdrückung einer für die Sache nach dem Schuldigen so wichtigen Mitteilung unternimmt? Vieles ist an dieser Sache aufzuklären, nicht nur die Art des Zustandekommens der lex Cyrill, auch alles, was später folgte, als sich herausstellte, daß die angenommene Gesetzesbestimmung den Bedürfnissen Cyrills nicht entsprach. Seit drei Wochen geben die Andeutungen, Verdächtigungen und Beschuldigungen hin und her, der Skandal wird immer größer, ohne daß Klarheit eintreten will. Man sollte meinen, daß das stärkste Bedürfnis bei der Regierung vorhanden sein müßte, Aufklärung zu schaffen. Nichts könnte stärker das Vertrauen in die Gesetzgebung, aber auch in die Justiz schädigen, wenn nicht mit allen Kräften danach gestrebt werden würde, die Schuldigen festzustellen. Solche muß es geben. Die Affäre hat einen Umfang angenommen, der es ausgeschlossen erscheinen läßt, daß man sie im Zimmer eines Untersuchungsrichters begräbt!

Aber nun geschieht das Senationsstück. Die amtliche Ausgabe der Ausführungen Pollicis enthält nicht ein Wort über dem, was er über die Coburg-Affäre und über die Vaterhaft des Justizministeriums an der Verhaftung verriet, der Bericht war ohne Zweifel von höherer Stelle in der Hoffnung, diese Mitteilungen zu vertuschen, zensuriert wor-

ohne daß hierüber irgendeine Debatte stattfindet, ohne daß der Referent sich zu dem Antrag äußert — er geht einfach in der Masse der Anträge und in der ganzen Beratung unter — wird er angenommen. Dieses angenommene Gesetz kommt in den Senat und wiederum referiert niemand weder dem Haus noch dem Ausschuss, daß hier an dem Gesetz eine Aenderung vorgenommen wurde, die den Zweck hat, einen Coburg gegen den anderen Coburg zu schützen.

Ich glaube nicht, daß der Ausdruck „Einschmuggeln“ hierfür zu hart ist. Wir haben dann für dieses Gesetz gestimmt und wir müssen uns sagen, daß wir damals irreführend wurden vor denjenigen, welche diese Bestimmung in das Gesetz aufnahmen.

Es ist meiner Ansicht nach ungemein gefährlich und mit einem Rechtsstaat kaum mehr vereinbar, wenn man eine Bestimmung in ein Gesetz aufnimmt, die den Schutz einer einzelnen Person zum Inhalte hat. Man sollte es sich sehr gut überlegen, solche Dinge zu machen, auch wenn man sie nachher mit staatlichen Interessen demantelt.

Man liest jetzt in den Zeitungen große Artikel über den „Magyaronen“ Jossias und über den „slawischen“ Bruder Cyrill. Man läßt darüber, was sollen wir dazu sagen, wenn wir heute in den „Lidove Listy“ lesen, daß unser verehrter Herr Präsident selbst eine Erklärung abgibt, in welcher er sagt, daß Jossias Coburg von einer streng katholischen Denkart ist, doch er niemals die Interessen des Staates verletzen wollte. Ist Jossias also ein Magyarone oder ein Mann von streng katholischer Denkart, der die Interessen unseres Staates nicht verletzen wollte? Wenn letzteres richtig ist — und wer von uns wird an den Worten des Herrn Präsidenten zweifeln — dann stellt sich schon aus diesem Grunde

die Ausnahme der lex Cyrill als eine ganz grobe Verletzung der Rechtsbegriffe dar, dann stellt sich heraus, daß die Aufnahme des Abl. 2 in den § 3 nicht erfolgt ist aus staatlichen Gründen, sondern aus irgendwelchen persönlichen Motiven.

Es drängt sich jedem Unerfahrenen die alte Frage des römischen Rechts auf die Lippen: cui bono? Wem sollte diese Bestimmung zum Vorteil gereichen, wer aus ihr Nutzen ziehen? Es ist nicht unsere Sache, sich mit dieser Frage des längeren zu befassen.

Aber es sind im Zusammenhang mit dieser Affäre Ereignisse eingetreten, welche die öffentliche Besprechung derselben zur Pflicht eines jeden Volksvertreters machen.

Es ist der Herr Prinz Cyrill nach Prag gekommen, ein Mann, der nicht exterritorial ist. Warum hat ihn dann der Untersuchungsrichter nicht zu sich in sein Bureau vorgeladen, sondern ihn auf der bulgarischen Gesandtschaft einvernommen?

Es ist ungemein auffallend, daß man auswärtige Zeugen, gegen die gewichtige Momente sprechen, einberuht und ruhig wieder ins Ausland reisen läßt.

Was uns aber am meisten Ursache zu Mißtrauen gibt, sind Ereignisse der allerletzten Tage.

Der Untersuchungsrichter wird abberufen, dem Staatsanwalt wird die Führung der Untersuchung abgenommen, ein Minister Justizminister läßt sich die Akten vorlegen, von denen manche behaupten, daß sie nicht unbelastend gegen seinem gleichfalls Minister Vorgänger seien, eine Affäre, in die nach allem, was man bis jetzt gelesen hat, aktiv und gewesene Minister verwickelt sind.

Der Vorsitzende Dr. Huban ersucht den Redner, zur Sache zu sprechen.

Genosse Heller, fortfahrend:

Es wurde behauptet, und zwar vom Sektionschef Hartmann, daß die lex Cyrill über Auftrag des Ministers des Aeußern in das Gesetz aufgenommen wurde; der Vertreter des Ministeriums des Aeußern, der Graf die Pallier, hat aber in der vorgestrigen Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses genau das Gegenteil erklärt, daß nämlich das Außenministerium keinen Einfluß genommen hat, es aber Sektionschef Dr. Hartmann war, der die Aufnahme dieser lex Cyrill in das Gesetz verlangte.

Hier steht die Behauptung eines hohen Beamten gegen die Behauptung eines anderen hohen Beamten. Ein pikantes Detail ist es, daß die Parlamentskorrespondenz Ausführungen des Vertreters des Ministerium des Aeußern konfisziert.

Und jetzt kommt der alte Ausweg, die Verfolgung der Oppositionsparteien. Es entsteht eine Affäre, durch welche Mitglieder der Regierungsparteien belastet sein könnten, ich will nicht sagen, belastet sind — so weit ist die Untersuchung noch nicht — und nun kommt der alte Ausweg: Der nationale und patriotische Fanatismus wird angefaßt, es werden Affären gefunden.

Eine Affäre gegen die tschechische nationalsozialistische Partei, eine Affäre gegen die Kommunisten, die voraussichtlich mit einer neuen Namengeben wird; lauter Affären.

und in all diesen Affären soll natürlich die Hauptaffäre erstickt werden, das ist der Zweck der ganzen Uebuna.

Aber wie Sie durch all diese Dinge, durch die lex Cyrill und durch die Ausübung solcher Affären zu politischen Verfolgungen das Ansehen unserer Justiz untergraben, das sollten Sie denn doch ein wenig bedenken.

Wir schließen uns dem Antrag an, den die tschechische sozialdemokratische Partei im Abgeordnetenhaus vorgeschlagen hat, nämlich

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses,

denn nur dieser wirklich unabhängige Ausschuss, in dem auch oppositionelle Parteien vertreten sind, ist imstande, Licht und Klarheit in die Sache zu bringen. Einer Austragung der Angelegenheit auf gerichtlichem Wege können wir nicht mehr das nötige Vertrauen entgegenbringen. (Beifall.)

Die Beziehungen Hodza - Eisler

Prag, 18. November. Stránský beschäftigt sich in einem längeren Artikel der „Lidove Noviny“ neuerdings mit den Beziehungen zwischen Hodza und Eisler und erklärt u. a.: Hodza hat erklärt, er habe von Dr. Eisler zwei Briefe beleidigenden Inhaltes erhalten; diese habe er mit einer anderen protokolllarisch festgestellten Beleidigung Eislers seinem Advokaten übergeben. Diese Sache verhalte sich folgendermaßen: Es waren zwei Briefe, weil Dr. Eisler auf den ersten eine Antwort Hodzas erhielt. Auf diese Vorhoffahrt requirierte Eisler mit dem zweiten Brief, in dessen Schlußsatz er Doktor Hodza fragt, ob sein Verhalten nicht bedeute, daß er sich seiner moralischen und materiellen Verpflichtungen begeben wolle. Eisler hat also angenommen, daß Hodza moralische und materielle Verbindlichkeiten gegen ihn habe, denen er nicht nachkommen wolle. Das ist allerdings eine beleidigende Aeußerung. Dr. Hodza hat diese Beleidigung bemerkt und sie deshalb dem Advokaten übergeben. Hodza erklärte auch, es sei ihm unklar, was Eisler wolle. Da ist aber merkwürdig, daß er ihn nicht um Aufklärung ersucht hat. Zumindest zeigte dieser Tag im Briefe Eislers, daß zwischen Dr. Hodza und Eisler irgendwelche Beziehungen vorhanden haben. Es ist doch kein Zweifel, daß Eisler, der

Arbeitslose Arbeiter, Achtung!

Die Prager Tiefbauunternehmung „Ing. V. J. Jadravský“ sucht mit Hilfe der Reichenerger Tiefbau-Unternehmung „Johann Slaby“ geschulte Arbeiter für Trojagocarbeiten in Alford nach Biederdorf bei Vornstadt, Bezirk Tetschen. Alle Vorkosten, die hoher Verdienst erzielt wird, entsprechen nicht der Tatsache. Es werden deshalb die Arbeiter gewarnt, blindlings die Reise nach Biederdorf anzutreten. Enttäuscht, nachdem sie die letzten Groschen auf Eisenbahnfahrtsausgaben hatten, haben in den letzten Tagen zugereiste Arbeiter Biederdorf wieder verlassen.

nach Aussagen Steiners erklärt haben soll, er habe Soehla, Venes, Englis usw. in der Hand, weder Soehla noch Venes noch Englis, sondern nur Dr. Hodza einen solchen Brief geschrieben hat. Dr. Stranšky befaßt sich dann mit der Ehrenklärung, die Eisler dem Minister Hodza aus der Haft gefordert hat. Nach ungenügenden Informationen, schreibt Stranšky, ist der Inhalt der Ehrenklärung nicht so, wie er in der Reproduktion Hodzas dargestellt wird. Dr. Eisler habe im Gegenteil ausdrücklich betont, daß er nicht verurteilt werden könnte, und habe versichert, daß er Dr. Hodza niemals beschuldigt habe, von ihm Bestechungen genommen zu haben.

Zum Schluß erklärt Stranšky nochmals, daß die Unbestimmtheit und tendenziöse Unvollständigkeit der Ausführungen Hodzas in Verbindung mit den angeführten Tatsachen keinen Zweifel darüber lasse, daß zwischen Hodza und Eisler Beziehungen bestanden haben.

Hodza liegt Stranšky.

Minister Dr. Hodza stellt der Presse eine Erklärung zur Verfügung, worin er feststellt, daß Stranšky in der Abfassung von Artikeln mit Hilfe von Informationen und Kombinationen weiter fortgeschritten. Hodza habe den begründeten Verdacht, daß die Artikel Stranšky einen Teil eines organisierten Angriffes auf seine Ehre darstellen, und er erkläre deshalb, daß er gegen den Verleumder die Klage überreicht habe.

Spekta ist unbeteiligt...

Das Außenministerium veröffentlicht folgende Erklärung: In den Mitteilungen der Blätter, über wessen Einschreiten der auf den Coburg-Fußfall betreffend Teil der Erklärung des Grafen von Hohenhausen nicht veröffentlicht wurde, fühlen wir uns verpflichtet zu erklären, daß es vollkommen unrichtig ist, die Person des Ministerpräsidenten auf irgend eine Art in Zusammenhang mit dieser Sache anzuführen.

Stehlen des Franz.

Paris, 18. November. Der Franz ist während des heutigen Tages auf 139 im Verhältnis zum Hund Sterling gestiegen und notierte nachher auf 140. Die französischen Finanzkreise zeigen eine gewisse Beunruhigung über das zu rasche Steigen des Franz und es scheint, daß auch die Regierung diesem Aufstieg entgegensteht.

Die Unteriten.

14 Roman von Victor Roda.

Auf diesen Brief bekam Walter die folgende Antwort:

„Im Einverständnis mit Traugott und im Auftrag eines Vaters will ich Ihnen mit, daß mir Ihre Bewertung der göttlichen Gabe des Lebens für wertvoll schien. Traugott erwiderte mir durch den weiteren Verkehr mit Ihnen als fähig geföhrt. Sein Vater hat ihm deswegen jeden Umgang mit Ihnen streng untersagt. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie dies befolgen.“

Jenny Benmann.

Wahrlich waren die Iocret aneinander geblieben Buchstaben. Da war keine atmepge Luft, kein laboldstöhlich lästendes U-Zeiden. Nur das lautergrüne Streifenpapier und der davon aufsteigende Duft stammte nicht zu Mund und Nulig des Geschreibels. Dieser Duft und dieses Papier war Walters ein Gruß aus dem Jenseits. Er kühte das Papier und sog den Duft tief, tief in sich hinein. Dies war aus Frau Sidoniens Nachlaß und war ihre letzte Wohltat an dem Knaben, die ihm hinwegföhrt über die schwere Krankheit und Enttäuschung...

In einem Sonntagabend war's, im Herbst. Die Sonne stand hinter den Giebeln. In den dunkelblauen Straßen begann ein Märchen zu leben. Ein Kinderlied klang:

Baterne, Baterne,
Sonne, Mond und Sterne.
Die Baterne ist so schön,
Da kann man mit spazieren geh'n
Woh! in den grünen Wald,
Wo die Büsche knallt.

Abgeordnetenhaus.

Heute Beginn der Budgetdebatte.

Prag, 18. November. Der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses lag bereits der Bericht des Budgetausschusses über den Staatsvoranschlag vor. Morgen kehrt schon das Budget und das Finanzgesetz für 1927 auf der Tagesordnung der Sitzung. Die Budgetdebatte soll morgen beginnen und die ganze nächste Woche dauern; zu Abstimmung soll es frühestens nächsten Samstag kommen. Insgesamt sind für die Debatte mehr als sechzig Stunden vorgesehen.

Nach dem „Venkov“ sind die Nachrichten über ein Scheitern der Verhandlungen der Slowaken mit dem Ministerpräsidenten nicht richtig, da die Verhandlungen fortgesetzt werden. Nach das liberale Hauptorgan erklärt, daß die Verhandlungen nur für eine Weile unterbrochen wurden, daß aber dennoch Hoffnung auf eine schließliche Einigung besteht.

Die Auflösungsgesetze, die hier und da aufplattern, entbehren also wohl jeder Grundlage.

Nach Eröffnung der Sitzung um 10 Uhr verliest der Vorsitzende eine Zuschrift des Klubs der Slowaken, daß Hlinka nach der Rückkehr aus Amerika wieder die Stelle des Klubvorsitzenden übernommen hat. Im Druck liegt der Bericht des Budgetausschusses über das Budget- und das Finanzgesetz für 1927 vor. Ueber schriftlichen Antrag des Genossen Dr. Czech weist der Vorsitzende eine Reihe von Initiativanträgen unserer Fraktion, über die der Initiativ-ausschuß innerhalb der vorgeschriebenen Frist keinen Beschluß gefaßt hat, den zuständigen Ausschüssen zu.

Auf der Tagesordnung steht

eine Aenderung der Gewerbeordnung.

durch die die Erzeugung von Zementwaren, die bisher ein freies Gewerbe war, als ein handwerk-mäßiges Gewerbe erklärt wird. Der Berichterstatter Petrovický verweist darauf, daß die Zementwarenerzeugung eng mit dem Baugewerbe zusammenhängt, das an einen Befähigungsnachweis und an eine Konzession gebunden ist. Im § 2 des Gesetzes werden von dem Befähigungsnachweis alle die befreit, die bei Inkrafttreten des Gesetzes als Lehrlinge oder Gehilfen in diesem Gewerbe beschäftigt sind, wenn sie eine fünfjährige Beschäftigung nachweisen.

Chalupný (sch. Soz.-Dem.) bezeichnet das Gesetz als rückwärtlich. Statt die wirtschaftliche Entwicklung auf jede Weise zu fördern, wolle man die Zwangsjade mittelalterlichen Zunftleriums anwenden. Die Partei des Redners wende sich nicht gegen den Befähigungsnachweis dort, wo es das öffentliche Interesse erfordere, könne aber damit nicht übereinstimmen, daß der Befähigungsnachweis auch dort eingeföhrt werde, wo er nur zum Schutz vor gesunder Konkurrenz dienen soll wie in dem vorliegenden Falle. Der vorliegende Antrag sei nur das Produkt der politischen Konkurrenz zwischen den Gewerbetreibenden der nationaldemokratischen Partei und den Gewerbetreibenden selbst.

Nach einer Replik des Berichterstatters wird die Vorlage von der Mehrheit angenommen.

Weiters wird ein Initiativantrag der tschechischen Genossen auf

Aenderung des allgemeinen Vergesetzes für die Slowakei

verhandelt. Der Berichterstatter führt an, daß es sich um die Ausdehnung des Vergesetzes vom Jahre 1912 auf die Slowakei handle, wodurch die Art der Auszahlung der Löhne, die Gewährung von Rechtsmitteln etc. einheitlich geregelt wird.

Brenne auf mein Licht,
Brenne auf mein Licht,
Aber die Baterne nicht,
Die Baterne ist so schön,
Da kann man mit spazieren geh'n
Woh! in den grünen Wald,
Wo die Büsche knallt.

Hand an Hand gefaßt, gehen Kinder singend paarweise die Straße entlang. Ein blondes Mädchen trippelt an der Spitze des Juges, das trägt drei bunte Papierlaternen an einem aus Holzstäbchen gefertigten Kreuz. Je dunkler es wird, desto heller leuchten die Lampen. Der laue Wind haucht den Singern um die Eden der Gasse. Nachdem der Mond schon eine Weile am Himmel gestanden war, löste sich der Schwarzarm auf. Glückwünschen hierhin, dorthin, um hinter den Hausstützen zu verschwinden.

Träumend an die Mauer gelehnt hatte Walter das hübsche Bild in sich aufgenommen. Er streifte gern abends durch die stillen Gassen, die zum Stadigraben hinabführten. Eine Schicksalskarte in der teilweise verfallenen und zerbröckelten, hohen Mauer, die das Städtchen umringte, kühte er mit Vorliebe auf. Dort hockte er lange, still wie eine große Ente, mit weit geöffneten Augen.

Der Mond war noch dunkelrot. Allmählich wechselte er in ein saures goldgelb. Er stieg rasch in die Höhe der Sommergasse und strahlte nun gleichmäßig weiß. Die Silberstraße lagte der Eden sich über Ranten und Eden, vor Türmen und Essen und über die kargen Plätzen der Dächer. Die Luft war erfüllt mit Klang und Rimmer, und unten leuchteten Fenster in tief beschatteten Hausfronten. In den von Laternen spärlich erleuchteten Gassen, im schwarzbauen Schlagschatten von Häusern und sich vorstürmenden Erkern verborg sich das Abenteuer, das der Jüngling zu erleben wünschte.

Beško (sch. Soz.-Dem.) führt aus, daß die Vorlage eine treffende Charakteristik der früheren sozialen Gesetzgebung in der Slowakei ist. Die Unternehmer hielten sich zwar nicht an die Bestimmung des § 206 über die vierteljährliche Auszahlung der Löhne, aber sie gebrauchten diese Bestimmung als abschreckendes Mittel, falls sich ein Arbeiter erkühnt hätte, eine Verbesserung seiner Stellung zu fordern. Auch die Bestimmung, daß sich die Arbeiter ihre Arbeitsgeräte selbst kaufen mußten, gab es nur noch in der Slowakei. All diese Bestimmungen werden nun in Einklang mit dem Vergesetz von 1912 für die historischen Länder gebracht und so ein weiterer Schritt zur Umgestaltung der Gesetzgebung getan. Weiters verweist Redner auf die ungeklärten materiellen Verhältnisse der Arbeiter, Invaliden, Witwen und Waisen in den staatlichen Schulen und verlangt staatliche Hilfe.

Nach Annahme dieser Vorlage in erster Lesung werden nicht weniger als 12 Inzummitätsfälle erledigt.

Ausgesprochen wird der tschechische Sozialdemokrat Johannis wegen einer Presse-Ehrenbeleidigung, ferner die Deutschnationalen Kallina, Frau Weber und Koberg wegen Beleidigung des Senators Kappel in einer Flugschrift. Weiters der Slowake Tomanel und der Nationalsozialist Jung, letzterer wegen einer Rede, die er im „Hilfsverein für Deutschböhmern und die Sudetenländer“ in Wien gehalten hat. Dagegen wird der Deutschnationale Lehner wegen der eigenmächtigen Aenderung seines Vornamens „Wenzel“ in „Wolfgang“ pardonierte.

Senat.

Prag, 18. November. Die Wahl des neuen Senatspräsidenten wurde auch heute nicht durchgeführt. Bevor die Slowaken nicht Regierungspartei sind, wird sich die Mehrheit auch wohl hüten, ihnen Vizepräsidentenstellen zu geben. Also ist eine Wäuna dieser leidigen Frage wohl erst nach dem Eintritt der Slowaken in die Regierung zu erwarten. Ergötzlich ist, daß sich die beiden derischen Regierungsparteien um die Vizepräsidentenstelle des Genossen Kiegnar miteinander direkt raufen während die Christlichsozialen bisher diese Stelle für Dilgenreiner beanspruchten, haben die Landbändler gestern offiziell den Senator Lutsch als Kandidaten aufgestellt. Die beiderseitige Hartnäckigkeit soll so groß sein, daß man es nötigenfalls auch auf eine Kampfstimmung im offenen Haus ankommen lassen will. Könnte nicht diese überschüssige Energie vielleicht doch etwas nützlicher verwendet werden?

Die Sitzung des Senats beginnt mit einstündiger Verspätung um vier Uhr nachmittags. Nach Erledigung der zweiten Lesung der gestern angenommenen Gesetzesentwürfe wird über Antrag Donats die Einziehung eines 18gliedrigen Ausschusses für Fragen der Sozial- und Altersversicherung angenommen. Das Haus ging dann in die Beratung des Regierungsentwurfes über den

Schutz des Urheberrechtes

ein. Der Berichterstatter Brochazka führt aus, daß die Tschechoslowakei den Friedensverträgen gemäß ihre diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen der Berner Abmachungen über den Schutz literarischer und künstlerischer Werke anpassen müsse. Er gibt dann eine Uebersicht über den Inhalt und die Entwicklungsgeschichte der Vorlage, die seit dem Jahre 1921 die Nationalversammlung beschäftigt und einigemal ge-

Die Staduhr schlug. Viermal gedämpft mit hellrem Klang, darauf dunkel, nachhallend summend zehn. Walter erschrak. Um diese Zeit sollte er daheim sein. Nun wurde das Haus geschlossen. Da er keinen Schlüssel mit hatte, mußte er sich vom Wächter aufschließen lassen. Jemand, wo in der Stadt würde soeben sein Hornruf. „Hüt' ich dich nur“, logte Walter, indem er sich eilends aufmachte. Er hastete in eine Gasse hinein, die von sitzamen Bürgerinnen gemieden wurde. Rote und blaue Laternen guckelten vor den Türen der beiden verarmten Wirtschaften. Das waren die einzigen Lichtquellen in dem sehr engen, kurzen Gäßchen. Nur hier und da durch den Spalt einer Fensterlade noch ein verfluchenes Blinzeln. Und so wie das blinzelte, so listig und vielsagend, so kühn und lächerlich es hinter den Fenstern.

Unwiderstehlich fühlte Walter sich davon angezogen. Das alte Haus hatte einen lustigen Anstrich bis zur Höhe des Erdgeschosses, und über den Fenstern stand die Firma des Hofhauses im blauen Grund gemalt. Spröde entzifferte er: „Zum Hölzberg“. Hinter den Fenstern kroch ein Mädchen hell auf, schrie vor Lachen, als würde es festgehalten.

Walter erlebte eine Erinnerung: Die Mutter war etwas besorgten gegangen. Toni — die Schneiderin — war im Dinerzimmer untergebracht. Er küßte sie mit Schulschulchen beschämt. Da hatte er zum ersten Mal sich ein Aufschreiben gehört. Und wie eben jetzt waren damals all seine Netzen jäh erragt. — Wie jetzt war ihm damals das Blut in den Kopf geschossen und hatte pridelnde Reugier ihn gezwungen, an die Tür zu schleichen, — zu schleichen, weil etwas in ihm brannte wie ein schlechtes Gewissen. Er habe durchs Schlüsselloch gekuckt und beobachtet, wie Toni unter den Händen des Vaters sich krümmte vor Lachen und allmählich auf den

Nach Zuweisungen an verschiedene Ausschüsse wird die Sitzung sodann geschlossen.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die Freitag, den 19. November um halb 10 Uhr stattfindet, steht bereits das Budget für 1927.

Obmännerkonferenz im Abgeordnetenhaus.

Prag, 18. November. Die Obmännerkonferenz, die heute nach der Hausitzung zusammentrat, beschäftigte sich mit den nötigen Vorberathungen für die Abwicklung der Budgetdebatte. Die Spezialdebatte wird in vier Abschnitte geteilt, und zwar 1. Politisches, 2. Kulturell-soziales, 3. Wirtschaftliches und 4. Finanzelles Kapitel. Die Redefrist beträgt pro Abgeordneten zwölf Minuten. Ueber Antrag des Genossen Dr. Czech wird die Redefrist in der darauffolgenden Präsidialsitzung für Klubs unter 20 Abgeordneten mit vierzehn Minuten pro Klubmitglied, mindestens aber mit einundhalb Stunden festgesetzt. Komende Woche finden jeden Tag Sitzungen statt; die Abstimmung über das Budget ist für Samstag den 27. ds. vorgesehen.

Genosse Dr. Czech protestierte ferner gegen die Abhaltung von Nachsitzungen, unterwarf die vom Hauspräsidium ausgearbeiteten Statuten der Obmännerkonferenzen einer eingehenden Kritik und forderte die regelmäßige Abhaltung solcher Obmännerkonferenzen.

schon Parlament und Senat mit kleinen Abänderungen hin und her gewandert ist. Redner empfiehlt die Vorlage in der letzten Fassung des Abgeordnetenhauses zur Annahme.

Wühr (Christlichsoz.) bedauert, daß nicht alle Vorlagen, welche sich auf Vermögensrechte beziehen, so gründlich behandelt wurden, wie der vorliegende Entwurf, und beschäftigt sich sodann mit einigen besonderen Kapiteln der Vorlage.

Genosse Dr. Heller erklärt einleitend, daß unsere Partei einer Schatzkammer von fünfzig Jahren nach dem Tode des Autors nicht zustimmen kann, da wir auf dem Standpunkt stehen, daß Kunstwerke aller Art so bald als möglich dem Volke zugänglich gemacht werden sollen. Dann geht Genosse Dr. Heller, wie wir an anderer Stelle ausführlich berichten, auf die Coburg-Affäre über.

Nach der Rede des Kommunisten Hampf, der sich u. a. mit der Wozel-Affäre im Tschechischen Nationaltheater befaßt, wird die Debatte abgebrochen und die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 24. ds., um 4 Uhr nachmittags.

Gemeinsame Beratung der deutschen und tschechoslowakischen sozialdemokratischen Jugend.

Der gemeinsame Ständige Ausschuß der beiden sozialistischen Jugendverbände hatte am 17. November in Prag eine Beratung. Zunächst wurden die Berichte über den guten Verlauf der gemeinsamen, antimilitaristischen Kundgebungen zustimmend zur Kenntnis genommen. Sodann wurde ausführlich über die Notlage der proletarischen Jugend gesprochen; es wurden einstimmig entsprechende A b w e r t m a h n a m e n gegen die wirtschaftliche Reaktion beschlossen. Die Sitzung einigte sich auf bestimmte Forderungen, um deren Erfüllung beide Organisationen gemeinsam kämpfen werden. In allen Fragen wurde vollständiges Einvernehmen festgestellt.

Leppich glitt. Der Anblick hatte ihn so aufgeregt, daß das Herz wie im Fieber geschlagen hatte und ihm schwindlich geworden war. Unauslöschlich blieb der Eindruck. Blüschnell stand das Erlebnis jetzt wieder vor seinem Auge.

Das gellende Gelächter hinter den Fenstern hielt an; er spähte durch den Spalt, und er wollte jurid, als hätte er einen Wasserstrahl ins Gesicht bekommen. Er lief, lief, bis er sich wie in Schweiß gebadet fühlte. Er nahm den Hut ab, spürte aber nicht den kalten Nachwind. In seinen Schläfen pochte es. Ihm war's, als presste ein Reissen seinen Kopf. Auch die Brust war ihm eng wie eingeschürtzt. Angst stieg in die Kehle. All das, was die Mutter vor dem Jenseits, vor dem Jüngling wie in einer feilen Anophe Iken und kusch verborgen gehalten, brach plötzlich weit auf, als gespreizte Blüte, aus deren tiefem Kelche verdärende und betäubende Erkenntnis strömte. Mit einem Mal war ihm so manches Schlafzimmergeheimnis enthüllt, das ihm nahe gekommen war, wenn die Eltern in hoher Nacht glaubten, er schläfe fest im Neben-zimmer. — wenn er dann hörte, wie sie flüsternd sich stritten und miteinander rangen, und er nicht wußte, ob Ederz, oder Gewalt im Spiel war, und wenn die Mutter leuchtend im Bett verließ und den Rest der Nacht im Wohnzimmer sitzend im Lehnstuhl verbrachte. In diesem Augenblick glaubte er, alles begreifen zu haben. Er em-fand sofort so tiefes Mitleid mit der Mutter, daß sich keine Augen mit Tränen füllten. Es machte ihm das Herz schwer, daß sie seit einiger Zeit krankte. Der Arzt kam, und er zeigte dem Vater ein bedenkliches Gesicht. Er hatte ein paar Worte ausgeknappt wie „Mutterinsel“ und „Herzstodung“.

(Fortsetzung folgt.)

Devilenturie.

Prager Kurse am 13. November.

	Beiz	Wass
100 holländische Gulden	1251.82 1/2	1357.82 1/2
100 Reichsmark	492.25	506.25
100 Reichische Pfennig	470.35	473.25
100 Schweizer Francs	631.37 1/2	634.37 1/2
1 Pfund Sterling	161.65	164.85
100 Lire	141.30	142.70
1 Dollar	33.70	34. -
100 französische Francs	115.05	116.45
100 Dinar	35.45	35.95
10,000 magarische Kronen	4.60 1/2	4.70 1/2
100 polnische Zloty	372. -	378. -
100 Schilling	475.87 1/2	478.87 1/2

Sozialdemokratie und Steuerpolitik.

Für die Stellung der Sozialdemokratie zu den Fragen der Steuerpolitik war jahrzehntlang die Auffassung Ferdinand Lassalles maßgebend, der mit seiner ganzen Verehrbarkeit und einer großen leidenschaftlichen Hingabe an die Sache des Proletariats die indirekten Steuern bekämpfte. Die indirekte Steuer . . . so logisch notwendig. Das Institut, durch welches die Bourgeoisie das Privilegium der Steuerfreiheit für das große Kapital erreicht, ist die Steuer der indirekten Steuern. Die indirekte Steuer . . . so logisch notwendig. Das Institut, durch welches die Bourgeoisie das Privilegium der Steuerfreiheit für das große Kapital erreicht, ist die Steuer der indirekten Steuern. Die indirekte Steuer . . . so logisch notwendig. Das Institut, durch welches die Bourgeoisie das Privilegium der Steuerfreiheit für das große Kapital erreicht, ist die Steuer der indirekten Steuern.

Klassen aber mit Abgaben immer drückender befaßt.

Der Einfluß Lassalles auf die Steuerpolitik der Sozialdemokratie hat bewirkt, daß in den älteren sozialdemokratischen Programmen die progressive Einkommensteuer als einzige aller Steuern verlangt wird. Das ist beispielhaft die Forderung im Gothaer Programm der reichsdeutschen Sozialdemokratie (1875) und im Hamfelder Programm der österreichischen Sozialdemokratie (1888). Abgesehen davon, daß eine Umwandlung der Vielheit der heutigen Steuern in eine einzige Steuer mit einem Schlage undurchführbar ist und überdies eine solche Steuer als einzige Steuer zu hoch, der Anreiz der Steuerbefreiung der Besteuerten also noch größer wäre als heute, müssen wir die einzige Einkommensteuer auch deswegen grundsätzlich ablehnen, weil sie nur das regelmäßige Einkommen, nicht aber einmalige Vermögensübertragungen (Erbchaft, Schenkung, Vermögensschmelz) treffen würde, aber vor allem deshalb, weil jede Einkommensteuer bisher Arbeits-, Einkommen- und Kapitaleinkommen gleich behandelt.

Damit sind wir beim Kern einer Steuertheorie angelangt, von der sich jede sozialdemokratische Steuerpolitik leiten lassen muß. In der kapitalistischen Gesellschaft erhält der Arbeiter einen Teil des von ihm geschaffenen Wertes in Form des Lohnes, einen anderen Teil erhält der Kapitalist in Form des Unternehmergewinns, Handelsprofits, Bodenteils, Kapitalzins. Unsere Steuerpolitik in der kapitalistischen Gesellschaft muß darauf gerichtet sein, daß dem Arbeiter wenigstens jener Teil des Wertes bleibt, der ihm im kapitalistischen Produktionsprozeß zuzählt. Unser Standpunkt läßt sich demnach kurz in die Worte zusammenfassen: Keine Steuern auf den Arbeitslohn, alle Steuern auf den Mehrwert! Wir bekämpfen die meisten der indirekten Steuern eben deshalb, weil sie den Arbeitslohn des arbeitenden Menschen senken. Wir bekämpfen die direkte Besteuerung niedriger Einkommen, weil dies wieder den Lohn des Arbeiters und den Gehalt des Angestellten trifft. Wir müssen aber auch ein höheres steuerfreies Existenzminimum für den Kleingewerbetreibenden (bei der Erwerbsteuer) und für den Kleinbauern (bei der Grundsteuer) verlangen, weil auch diese beiden Steuern in den niedrigsten Stufen jenes Einkommens des Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern treffen, das ihm aus seiner Hände Arbeit erwächst, das also dem Lohn des Arbeiters gleichwertig ist.

Die vom Finanzminister Englis repräsentierte Finanzpolitik will dagegen den Mehrwert entlassen, die Steuern auf den Arbeitslohn ständig erhöhen, sie ist die Finanzpolitik der Bourgeoisie, sie liegt auch der Steuerreform, deren Inhalt in einzelnen noch besprochen werden wird, zu Grunde. In der Steuerpolitik hat der Universitätsprofessor Englis unter seine sozialpolitische Vergangenheit einen tiefen Strich gesetzt, die Steuerreform ist das Banner, das er, der Fahnenträger der Bourgeoisie, auf den Zinnen des tschechoslowakischen Kapitalismus aufpflanzt. Mit Rücksicht auf den deutschen und tschechischen Bourgeoisie die Veröhnung nach langem Kampfe, die weil deutsche und tschechische Arbeiter die Kosten dieses „nationalen Friedens“ bezahlen müssen.

Nach mehr freilich als deutsche und tschechische Industrielle und Großkaufleute, Banken und Börsen, gewinnen bei diesem großen Rückzug die deutsche und tschechische Landbourgeoisie. In eine Veränderung der Grundsteuer der Steuer auf landwirtschaftlichen Boden denkt Hochslova Finanzminister nicht, obwohl der Staat, der für die Bemessung der Grundsteuer maßgebend ist, aus dem Jahre 1869 stammt, die bei Preise der landwirtschaftlichen Produkte gar die des Jahres 1824 sind. Die Grundsteuer wird also auch weiterhin nach dem katastralen Ertrag bemessen, der sich zum wirtlichen Ertrag von heute ungefähr wie die Postkarte zum Automobil verhält. Die ganze gewaltige Veränderung der landwirtschaftlichen Produktion seit sechs Jahrzehnten bleibt bei der Steuerbemessung unberücksichtigt. Ja, die Grundsteuer soll noch unter das Ausmaß der Vorkriegszeit, da die Grundbesitzer den Ton angeben, sinken! Obwohl der Ertrag der Grundsteuer von 1896 bis 1925 nur von 27 auf 76 Millionen gestiegen ist, also weit niedriger ist als in der Vorkriegszeit, soll nunmehr noch dem neuen Entwurf die Grundsteuer statt 7 bis 11 Prozent des wirtlichen Ertrages etwa 2 bis 3 Prozent betragen (nur bei Wäldern etwa 3 bis 5 Prozent). Die Hauptgewinner bei der ganzen Steuerreform sind also die deutschen und tschechischen Großagrarier, die Herren um Spina und Krepel, Svobla und Sedla.

Die Petitionierung der Steuerreform läßt uns den ganzen Sinn der jetzigen deutsch-tschechischen Bürgerregierung erkennen: Bis zur Unerträglichkeit sollen die schwachen Schultern der arbeitenden Klassen, der Arbeiter, Angestellten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern mit den Kosten des öffentlichen Haushaltes belastet werden, während die wirtschaftlich mächtigen Schichten, die Großbauern durch die Verdrängung der Grundsteuer, die großen Kapitalvermögen durch die Ermäßigung der besonderen Erwerbsteuer, das mobile Kapital durch Regelung der Rentensteuer, die Besitzenden Klassen überhaupt durch Periodekation aller direkten Steuern entlastet werden sollen. Es ist die

Steuerreform des Klassenstaates, die uns da entgegentritt, mit der ganzen Rücksichtslosigkeit und Arbeiterfeindschaft einer städtischen und ländlichen Bourgeoisie durchgeführt, die kein anderes Ziel kennt, als ihr hemmungsloses Profitstreben auf Kosten des Wohlergehens der dritten Massen durchzusetzen. Und der sogenannte Ausgleich der deutschen und tschechischen Bourgeoisie ist nichts anderes als die Vereinigung der Kräfte der besitzenden Klassen aller

Nationen in der Tschechoslowakei, um den proletarischen Widerstand gegen die Vereindung der Arbeiterklasse zu brechen.

Jede Seite der Steuerreformvorlage befähigt diese Auffassung, bei den einzelnen Arten der direkten Steuern, die in dem Entwurf behandelt werden — Einkommensteuer, allgemeine und besondere Erwerbsteuer, Grundsteuer, Hauszins-, und Hauszinssteuer, Rentensteuer — wird dies noch aufzeigt werden.

Wer fälscht?

Eine kleine Illustration zur Einheitsfronttätigkeit.

Wir konnten täglich ganze Rubriken füllen, wollten wir durch bloße Wiedergabe kommunistischer Behauptungen beweisen, wie die Einheitsfront der Apparatschik in Wahrheit aussieht. Ein Beispiel großer Unaufrichtigkeit, die nicht nur den bescheidensten Anforderungen widerspricht, die man in der Führung des Bruderkampfes erheben kann, sondern rein journalistisch von Zeitung zu Zeitung einen unerhörten Fall darstellt, leitet sich die Aufziffer „Internationale“ in ihrer Nummer vom 18. ds. Sie berichtet über die Wahlergebnisse in Sachsen. Daß sie dabei die wenigen Orte herausgreift, in denen die Kommunisten größere Fortschritte erzielten als die Sozialdemokraten, sei ihr unbenommen. Die Defer der „Internationale“ mögen selbst Bedenken darüber verlangen, warum Dresden, Zwickau und Plauen ausführlich dargestellt werden, Chemnitz aber, wo die Kommunisten ein Mandat an die Sozialdemokraten verloren haben und Leipzig, wo die Sozialdemokraten sieben, die Kommunisten kein Mandat gewonnen, nicht genannt werden, obwohl Leipzig die größte, Chemnitz die zweitgrößte Stadt Sachsens ist. Doch wir wollen, wie gesagt, der kommunistischen Presse keine Rückschlüsse erteilen, wie man Wahlergebnisse berichtet.

Skandalös aber ist die einleitende Bemerkung, die das Aufziffer Blatt seinem Bericht voranstellt. Sie lautet wörtlich:

„Da der Prager „Sozialdemokrat“ und seine Kopieblätter in aligewohnter Fälschermanier nicht davon zurückstehen, ihre Arbeiter-Defer über die Bedeutung des sächsischen Wahlergebnisses zu belügen und sogar von einem „Rückgang“ und „Verlusten“ der Kommunisten schreiben, ist es nötig, durch an Hand konkreter Ziffern zu zeigen, wie diese „Verluste“ der Kommunisten nach den endgültigen Resultaten aussehen. Die Red. d. „Int.““

Hier wird nicht nur belächelt, in der rüdesten Weise geschimpft, hier werden auch Behauptungen aufgestellt. Und diese Behauptungen kann man überprüfen, ohne, wie das die Kommunisten in solchen Fällen tun, zum bürgerlichen Richter zu laufen.

In unserem, Dienstag, 16. erscheinenden Bericht über die sächsischen Wahlen ist weder eine falsche Angabe enthalten, noch ist dort mit einem Sterbenswörtchen von „Verlusten“ und „Rückgang“ der Kommunisten in Sachsen die Rede!

Lediglich von Lübeck, das bekanntlich nicht in Sachsen liegt, heißt es, daß die sozialdemokratischen Mandate von

28 auf 35 stiegen, die der Kommunisten von 10 auf 5 „zurückgingen“.

Kur wenn die „Internationale“ Lübeck für eine Stadt in Sachsen hält, ist ihre Behauptung wahr, wir hätten von Rückgängen bei den sächsischen Wahlen gesprochen.

Auch dann aber wäre das keine Lüge der Sozialdemokraten, sondern die Kommunisten hätten gelogen, denn der Sprung von 10 auf 5 dürfte immerhin ein Rückgang sein.

Wir fordern die „Internationale“ auf, die Stellen unserer beiden Artikel über die sächsischen Gemeindevahlen — der zweite befaßt sich überhaupt nicht mit den Kommunisten, oder nannte mindestens nur ihre Stimmzahlen, oder weder ihre Erfolge in Dresden, Plauen und Zwickau, noch ihre Mißerfolge in Leipzig und Chemnitz — abzuändern, in denen von einem Rückgang oder von Verlusten der Kommunisten in Sachsen die Rede ist. Wir fordern die „Internationale“ ferner auf, an der Hand der Zahlen zu beweisen, daß wir

„in aligewohnter Fälschermanier — —“ die Arbeiter „belügen.“

Wir können weiter nicht umhin, bei dieser Gelegenheit an einen Fall zu erinnern, der sich vor einiger Zeit ereignete. Der Reichsberger „Vorwärts“ hatte im Bericht über eine reichsdeutsche Wahl falsche Zahlen angeführt. Die Zahlen widersprechen auch denen der „Internationale“ und es handelte sich nicht um Kleinigkeiten, sondern um Stimmunterschiede von vielen Tausenden. Der Tatbestand, daß die Zahlen falsch wiedergegeben waren, ließ sich nicht verweihen. Trotzdem hatte der „Vorwärts“ die Kühnheit, uns wegen des Ausdrucks, mit dem wir die falsche Wiedergabe der Wahlergebnisse kennzeichneten, zu klagen. Nach dem famosen Prozeß wurden wir des Ausdrucks wegen tatsächlich zur Abgabe einer Erklärung verhalten.

Die „Internationale“ beschuldigt uns, ohne Anführung eines Beweises, ja unter Berufung auf eine scheinliche Unwahrscheinlichkeit „aligewohnter Fälschermanieren“. Wir überlassen es den Arbeitern, das Urteil über eine Handlungsweise zu fällen, die mit dem Urteil des staatlichen Richters schon deshalb keine gebührende Abstrafung fände, weil der feinerzeitige Fall des „Vorwärts“ beweist, daß man auch Recht finden kann, wenn man nicht gegen Tatsachen, sondern gegen Ausdrücke für diese Tatsachen klage erhebt!

Der konstruktive Nationalismus

Ist der beliebteste Schlagwort der deutschen Landbändler geworden. Das Wort stammt aus dem tschechischen Jager und dürfte dem deutschen Bauer auch kaum sehr viel sagen. Es riecht keiner ganzen Prägung nach, hat nach der „Prager Presse“ aber der Blochischen Wochenchrift und nimmt sich in der „Deutschen Landpost“ etwas fremdbürgerlich aus. Immerhin liebt man mit ungemischter Freude und großem Vergnügen, daß dieser „konstruktive Nationalismus“ nun schon ein Jahr alt ist und just an dem Tage geboren wurde, da der ältere Nationalismus, der mit der deutschen Einheitsfront als Räder arbeitete, angesichts des bürgerlichen Wahlerfolges an den Nagel gehängt wurde. Den Wandel der Dinge stellt die „Landpost“ so dar:

„Ein Jahr ist vergangen. Und Welch ein kolossaler Wandel in diesem einen Jahre! Wer vor einem Jahre gesagt hätte, es werde am 13. November 1926 eine tschechisch-deutsche Koalition und eine tschechisch-deutsche Koalitionsregierung die Geschicke der Tschechoslowakischen Republik leiten, der wäre zumindest als unverbesserlicher Optimist, wenn nicht als Narr ausgelacht worden. Und doch kam es zu diesem epochalen Umsturz in der tschechischen Innenpolitik, die den Gedanken der allnationalen Koalition aufgeben mußte, weil er sich nicht weiter aufrecht erhalten ließ, weil keine auch noch so funktionelle Aufrechterhaltung den Staat ganz an den wirtschaftlichen Abgrund gebracht hätte. Es liegt der Gedanke der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker dieses Staates, indem sich die auf bürgerlicher Grundlage stehenden deutschen und tschechischen demokratischen Parteien zu jener Koalition zusammenschlossen, die der Innenpolitik der Tschechoslowakei jetzt den Stempel aufdrückt. Es ist die Politik der nationalen Verständigung, der nationalen Gleichberechtigung, des konstruktiven Nationalismus, der das die Nationen verbindende in den Vordergrund stellt, nicht das Trennende. Eine innerpolitische Einmischung, die gleichermäßen im Interesse des tschechoslowakischen Staates, wie des tschechischen und des deutschen Volkes gelegen ist.

Vorhergehende hat sie noch die Bemerkung, daß am 13. November die „Politik des großen Wauks“ geschlossen wurde, eine Behauptung, die in Widerspruch zu der anderen steht, daß doch die Landbändler gesiegt hätten. Man wird gut tun, sich den Keinen Feindartikel der „Landpost“ zu merken. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird nämlich die Politik des großen Wauks das nächstmal wirklich geschlossen werden.

Ablehnung des Regierungs-Kompromisses.

Londou, 18. November. (Eigenbericht.) Obwohl der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft und die Delegiertenkonferenz den Bergarbeitern die Annahme des Regierungskompromisses empfohlen haben, hat die Abstimmung unter den noch im Streik stehenden Bergarbeitern nach den bisher vorliegenden Ziffern die Ablehnung der Vor schläge ergeben. Von rund 1.1 Millionen Bergarbeitern sind 350.000 bereits wieder an der Arbeit. Von den noch Streikenden haben sich über 400.000 für die Fortsetzung des Streikes ausgesprochen.

Die Bergarbeiterführer erklären, daß sie die Entscheidung über weitere Maßnahmen der Delegiertenversammlung überlassen müssen.

Die sächsischen Sozialdemokraten zur Übernahme der Regierung bereit.

Berlin, 18. November. (Eigenbericht.) Im gestrigen Buftag fand eine Sitzung der Landesinstanzen der sozialdemokratischen Partei Sachsens gemeinsam mit der Landtagsfraktion statt. In der Sitzung wurde ein Arbeitsprogramm für eine sozialdemokratische Regierung Sachsens beschlossene. Der frühere sächsische Kultusminister und Reichstagsabgeordnete Fleißner soll zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen werden. Für den Posten des Landtagspräsidenten ist der frühere Wirtschaftsminister Schwarz in Aussicht genommen.

Tagesneuigkeiten.

Ein „Bonze“.

Vor einigen Wochen hat D i h m a n n, der Führer der Metallarbeiter Deutschlands, einer der Besten in der reichsdeutschen Sozialdemokratie. Dieser Mann hat sich zu Tode gearbeitet, schreibt von ihm Genosse Zollmann in einem Artikel der „Rheinischen Zeitung“, der auch sonst Interessantes genug enthält, über den „Bonzen“ D i h m a n n, für die für viele andere „Bonzen“ und aus dem mir darum Einiges zitieren wollen. Zollmann schreibt unter anderem:

„Es war ein Verbandsvorsitzender, ein Gewerkschaftssekretär, kurzum ein „Bonze“. Wie oft habe ich dieses Wort gehört: In toben den Volksversammlungen von kochenden Diskussionsrednern und gestikulierenden Zwischenrufern, von denen ich nicht einem die Träne zuwante, ein ganzes langes Leben der großen aber harten Sache des Proletariats zu opfern; aus dem Munde von Redatoren, von denen ich weiß, wo sie und ihre Herden blieben, wenn sie durch Jahrzehnte die Nächte in den Eisenbahnen, die Tage in Verhandlungszimmern und die Abende in rauchigen Sälen vor immer unzufriedener Massen zudringen sollten; von den Lippen feister Bürger, die verlernen würden, ihre Frauen mit Belagen und ihre Freundinnen mit Brillanten zu behängen, wenn sie mit dem Einkommen eines Gewerkschaftsführers ihr Leben gestalten sollten. Alle aber, alle wußten sie das verächtliche Wort „Bonze“...“

Ich glaube kaum, daß ich diesen Arbeitern einen je anders als in Lauffschritt gesehen habe. Immer baute er zwischen zwei oder mehrerer Pflichten noch eine eilige Beforgung nicht nur für sich, sondern für andere. Ob er je einen der berühmten Klubsessel im Reichstagsgebäude benutzte? Ich möchte es bezweifeln. Mit bündeligen Reisefloren und Denkschriften besetzt, stürzte er morgens noch einer Früh- oder Nachfahrt in das Reichstagsgebäude, raste in irgend eine Ausschauung, von dort ins Plenum, von da in Konferenzen, von da in sein Arbeitszimmer hoch unter der Kuppel, wo noch in der zehnten oder elften Abendstunde seine Schreibmaschine klappte.

Kam er überhaupt Sonntag? Die Nacht zum Sonntag und dann wieder zum Montag kamierte er während der Parlamentszeit jedenfalls stets im Eisenbahnsteil Schlafwagen? Diese kapitalistische Einrichtung verachtete er mit der Souveränität eines alten Holzbruders. Er streckte sich im Abteil zum Schlafen hin. Erster Klasse, verachtete sich jeder, den die Freiheit des Abgeordneten zur dummsten Sünde des Reides verführt, sollte den Vorzug erhalten, in einem Jahre hundert Nächte auf der rollenden Kasse eines erstklassigen Schlafwagens zubringen zu müssen.

Andere gingen zur Erholung. D i h m a n n ging nach Amerika. Das Die Kennzeichen ihn. In der letzten Stunde, die ihm in Bremerhaven blieb, ehe der Dampfer für die Fahrt zur Fahrt, sprach er noch in der Stadthalle zu Bremerhaven vor den Metallarbeitern... Und drüben in Mexiko? Daselbst bedarf wie daheim: Versammlungen, Nachfahrten, Konferenzen, Schreibmaschine und Diktat. Auf der Heimreise gab dann sein müdes Herz das Heinen auf und der Tod gebot dem Unermüdeten Feierabend.

Wenn im letzten Todesstöhnen noch ein Gedanke floz in diesem Genossen aufblühte, galt er bestimmt den Erwerbslosen, für die er gerade jetzt auf der Tribüne des Reichstages wieder kämpfen wird: Die da stampfen müssen an den Arbeitsnachweiser und von denen sich viele tugendwaches Dammersingen geschwätzt gegen die „Bonzen“ heifällig anhören, hätten Grund, diesem Robert D i h m a n n, der proletarisch blieb bis zuletzt, eine Minute der Trauer zu schenken.“

Ein nichts, der Jude wird verbrannt. Chaudernische Sämmel haben bekanntlich Dienstag ihre Schafe in das Prager tschechische Nationaltheater geführt, um der Welt einen Begriff von der Kunst zu geben. Man hat den „Wozzei“ Sganerls und Bergs geschaut und dies vor allem damit begründet, daß Berg, der Komponist, nicht nur das tschechische Volk mit seiner „Germanischen“ Musik zu beglücken trachte, sondern außerdem ein Jude sei. Also ein germanischer Jude — den Valentiniers hinter das Berg; da wunden sie ja von ihrem tschechischen Widerpart an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen! Doch die deutschen Antisemiten müssen sich damit abfinden, daß ihre Freunde tschechischerseits das Argument „Sganerl“ eben nicht wirksamer zu unterstützen vermögen als durch den Hinweis auf deutsche Zugehörigkeit. Bismarck wird die Prager Rede gegen den Berliner Juden“ aber erst dadurch, daß man Berg in Berlin, wo den Kampf gegen ihn eben die Hofenkreuzer führen, als „böhmischen Juden“ kategorisierte, wie Berg nun selbst erzählt. Für eines von beiden werden sich also die Hofenkreuzer auf beiden Seiten, denen es doch schließlich nur um die Kunst geht, entscheiden müssen. Diese Entscheidung wird aber gar nicht so leicht sein, da Alban Berg jetzt unauflöslieh des Prager Standes schlicht erklärt, daß er überhaupt kein Jude ist. Und die „Wozzei“-Dürmer in Berlin und Prag haben zur die eine Legitimation, daß Berg, wie er feststellt, väterlicherseits aus Bayern (patronen Wemers) und mütterlicherseits aus Böhmen stammt (der elende tschechische Jude!) und damit ist doch eigentlich genug gegen das Kunstwerk ausgesagt. Erstreckt ist, daß der Chef der Prager tschechischen Oper, D i r e k t o r, in aller Deffentlichkeit freimütig und beherz ge-

Ein Schulbeispiel kommunistischer Niedertracht

Mit welchen Mitteln sie, Katt gegen die Unternehmer, gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften kämpfen!

In der kommunistischen Ortsgruppe der Textilarbeiter in Reudel sind schwere Differenzen ausgebrochen. Die Ursachen dieser Differenzen, zwischen Ortsgruppenfunktionären und der kommunistischen Verbandsleitung liegen in der Erkenntnis der Funktionäre, daß die „Einheitsfront“ der Kommunisten bei Lohnkämpfen ein nur auf Mitgliederfang der kommunistischen Partei berechneter Schwindel ist und daß in dieser Partei gewissen Elementen das Handwerk nicht gelegt wird, während christliche Funktionäre aus dieser Partei hinausgeschafft werden, damit man kontrolllos manipulieren könne.

Nun sollte, trotz Einheitsfront mit den übrigen Gewerkschaften, über die kommunistische Taktik während des Lohnkampfes in Reudel beraten werden. Der Kampf sollte sich nicht gegen die R. W. u. A. in Reudel, sondern gegen die Ortsgruppe der Union der Textilarbeiter und gegen den Unionssekretär Illmann richten. Nicht der Unternehmer sollte bekämpft werden, sondern die Union sollte in eine Falle gelockt werden. Sie sollte zur Ausgabe der Streikparole gezwungen werden, obwar bekannt war, daß ein Streik bei diesem möglichen Lohnkonkurrenz verschiedene Gefahren für die Arbeiterschaft in sich birgt. Denn das Konzern verfußt über etwa 30 Textilunternehmungen mit über 26.000 Beschäftigten, so daß die dringenden Aufträge hätten geliefert werden können. Das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft aber war den Kommunisten ihnen Nebenache und die Niederwerfung der Union der Hauptzweck, um Mitgliederfang betreiben zu können. Illmann sollte aus Reudel verschwinden, damit sie ein freies Feld zur Agitation erreichen. Sollte die Union den Streik oder nicht proklamieren, dann sollte der „reformistische Verrat“ der Union in allen Tonarten bejungen werden, um dadurch die Beschlagung der Ortsgruppe zu erreichen.

Die christlichen Funktionäre fragten, warum die Spaltung unter dem Deckmantel der Einheitsfront auch während des Lohnkampfes vor sich gehen solle und warum nicht der Kampf gegen die Firma und für die Verbesserung der Arbeiterschaft geführt wird. Ueberaus bezeichnend ist der Ausspruch des Herrn Zentralsekretärs Rai aus Reichenberg, welcher erklärte:

„Genossen, die Union ist in eine Sackgasse geraten. Auf eine so günstige Gelegenheit warten wir schon lange in Reudel, die kommt nicht gleich wieder. Bedenkt, wenn wir diese Situation gegen die Union in diesem Lohnkampf richtig ausnützen, können wir mit einem Schlage 1000 Mitglieder für uns gewinnen.“

Da war es nun der Kassier der kommunistischen Textilarbeiter-Ortsgruppe, Felder, der erklärte: Ich so sieht euere Einheitsfront aus? Die Union soll wieder gekämpft werden, und nicht die R. W. u. A. Das mach ich nicht mit, gegen eine solche Handlungsweise werde ich in den Versammlungen auftreten. Ich bin ein christlicher Arbeiter und Kommunist und mache einen solchen

gen die Rabaudrüber austritt und in Anerkennung der Bedeutung des Bühner-Berg'schen Musikdramas an alle entscheidenden Stellen den Ruf richtete, die Uebergänge abzumachen. Er selbst gedankt dem Terror nicht zu weichen. Hoffentlich genügt diese erste Erklärung eines der ersten tschechischen Künstler und eine ebenfalls bereits fundierte solidarische Entschlieung der großen tschechischen Kunstvereinigungen, um den unerhörten Vorfall aus der Welt zu schaffen und er ist aus der Welt zu schaffen, denn die Fortsetzung der „Wozzei“-Aufführungen würde das Ansehen der tschechischen Bühne unseres Erachtens nicht nur wieder vollständig herstellen, sondern noch erhöhen.

Deutschnationaler Militarismus. Seitdem es einen tschechischen Militarismus gibt, sind unsere Deutschnationalen die entragiertesten Segner des Militarismus und können sich nicht genug tun, ihren Antimilitarismus bei jeder Gelegenheit zur Schau zu tragen. Aber manchmal geht ihr Temperament doch mit ihren innersten Gefühlen durch und da entpuppt sich ihr „Antimilitarismus“ als Schwindel reinen Wassers. J. B. drückt das „Nordb. Tagblatt“ vom 14. d. M. folgendes schöne Bekenntnis ab:

Bekehrten. Der Deutsche Turnerbund (1919), der seine Leitung in Wien hat und dem die gesamte Turnerschaft Oesterreichs angehört, der aber auch in allen Teilen des Deutschen Reiches in Gauen und Kreisen zusammengeschlossene Vereine besitzt, betrachtet heute die Leibliche und geistliche Wehrhaftmachung des deutschen Volkes als seine vorzüglichste Aufgabe. Er knüpft also unmittelbar an den großen Gedanken Friedrich Ludwig Jahns an, der diesen seltenen Mann in einer Zeit, welche der gegenwärtigen deutschen Nachkriegszeit sehr ähnlich ist, zu den Bestreben des deutschen Volkes erob. Das Wehrtum wird in Oesterreich mit großem Ernste betrieben. Im Festzuge beim Wiener Bundesturnfest im Sommer dieses Jahres begleitete eine Ehrenkompanie von 80 Mann, die das Städtchen Zoo (4500 Einwohner) gestellt hatte, den Festzug, auf dem sich die Proben des alten Turn-

Schwindel nicht mit. Hierauf drohte der Zentralsekretär Rai aus Reichenberg dem kommunistischen Funktionär mit folgenden Worten:

„Genosse Felder, wenn du es wagst, in der Versammlung gegen uns aufzutreten und unsere Pläne zu durchkreuzen, dann werde ich die Arbeiter gegen dich aufzuweisen, daß sie dich an den Ohren aus dem Versammlungstisch hinausführen und verprügeln.“

Kommunistische Arbeiter, was sagt ihr zu dem Vorgehen euere Zentralsekretärs Rai?

Nach einer Sitzung wurde die Debatte auf der Straße fortgesetzt, zu welcher Felder nicht hinzugezogen wurde. Herr Rai bedrohte Felder und dessen Brüder mit den Kränken, mußte aber den Kürzeren gehen, denn Herr Zentralsekretär Rai wurde mit aller Wucht an eine Mauer geschleudert, daß ihm alle Knochen knackten.

Es ist begreiflich, daß Genosse Felder in Ungnade fiel und ihm die Ortsgruppenliste abgenommen werden sollte. Man erachtete in der Rasseführung eine Differenz von 100 Ké zu Ungunsten des Genossen Felder. Es wäre eben zu schön und praktisch gewesen, diesem unfreudigen und christlichen Manne, der Unterschlagung zu überführen. Aber der Unionssekretär der Ortsgruppe Reudel und einige Jungen überprüften die Abrechnung und stellten die Differenzen richtig. Die Rassegebahrung durch Felder ist einwandfrei bis auf einen lächerlichen Betrag von K 157, welcher auf früheren Fehlern beruhen dürfte. Die Gelder sind bis auf den letzten Heller vorhanden und zur Uebergabe zur Verfügung. Die dem armen Textilarbeiter wollte man also die Ehre rauben, und er sollte den Fehlbetrag auch noch ersetzen.

Kommunistische Arbeiter, was sagt ihr zu einer solchen Handlungsweise? Die falsche Dreingalabrechnung des kommunistischen Sekretärs Dolling befindet sich vorräthig in sicheren Händen. Ein Bruder des Kassiers Felder, der sechs Jahre in der kommunistischen Partei organisiert ist, wurde ausgeschloffen, weil er gegen den politischen Sekretär in einer kommunistischen Sitzung Stellung nahm und mit der Bekämpfung der proletarischen Organisationen und hauptsächlich der Sozialdemokratie nicht einverstanden war.

Der Kassier Felder soll aus der kommunistischen Gewerkschaft ebenfalls ausgeschlossen werden, weil er sich jedenfalls vom Zentralsekretär nicht prägen ließ, sondern ihn an die Mauer schenderie. Die 1000 Rische, die man in Reudel anfänglich dieser Lohnbewegung unter den Textilarbeitern fangen wollte, dürften den Kommunisten unter diesen Umständen davon schwimmen und es ist möglich, daß noch eine größere Anzahl alter Mitglieder mitschwimmen.

Die Arbeiterschaft kann an diesen Tattachen wieder einmal erkennen, wie die Kommunisten mit den Interessen der Arbeiterschaft hofardieren. Jeder christlicher Arbeiter muß nun die wahren Absichten der Kommunisten erkennen und den Weg zu unserer Partei und Gewerkschaft zurückfinden.

hundes 1919 befanden. Die Wehrtümer waren vollkommen gleichmäßig gekleidet und ausgerüstet. Die Kompagnieführer auf dem Festplage ein Exzerzieren durch, das an Strammheit nichts zu wünschen übrig ließ. Die Mitglieder gehören allen Ständen an: Professoren, Volks- und Bürgerchullehrer, ein Realgymn., ein Dienstantidirektor, ein Stationsvorstand, andere Beamte, viele Handwerker und Geschäftsleute, alle in treuer Gemeinschaft in einer Reihe in freiwilliger Unterordnung unter dem Befehl eines schlichten Handwerksmeisters, der allerdings Ehrentriumph des Saer Turnvereines ist.

Wenn auch das ganze „Wehrtum“ nichts anderes ist und wohl auch von niemandem anders aufgefacht wird als eine lächerliche Soldatenspielerie, wie man sie nur bei Schulbuden entschuldigt, so beweist diese Notiz doch, welcher Geist in den deutschnationalen Turnvereinen gepflegt wird und daß Professoren, Volks- und Bürgerchullehrer, Beamte und das ganze Bürgerium aus dem Kriege nichts, rein nichts gelernt haben.

Zwei Tiere suchen geeignete Partnerinnen. In der Sonntagausgabe des „Teplich-Schöner Anzeigers“ vom 14. d. M. findet sich folgendes Inserat:

Attention!
Zwei häusliche reiche Bullen, Junggefallen, suchen geeignete Partnerinnen. Zufuhr mit Lichtbild unter „Absonderlich“ an die Bern d. N. Anonym zweiflos.
Bulle heißt Ttier und es schreibt, daß es sich um fränkige Tiere handelt, die es gar nicht „absonderlich“ finden, ihre absonderlichen stierischen Triebe in der Zeitung gegen Barzahlung gleichartigen „geeigneten Partnerinnen“ zu offerieren. Hoffentlich entspringen der Paarung der „häuslichen reichen Bullen“ mit „geeigneten Partnerinnen“ keine — Kälder!

Unfall auf dem Prager Wilsonbahnhof. Bei der Füllung der Garnitur des Personenzuges Nr. 617 mit Leuchtgas schrammte gestern um 15 Uhr das Geörgewort eines Personenzuges,

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

Prog. 249. 11: Mittagskonzert. 1. Gaudin: Kircheng. 2. Gaudin: Kircheng. 3. Gaudin: Kircheng. 4. Gaudin: Kircheng. 5. Gaudin: Kircheng. 6. Gaudin: Kircheng. 7. Gaudin: Kircheng. 8. Gaudin: Kircheng. 9. Gaudin: Kircheng. 10. Gaudin: Kircheng. 11. Gaudin: Kircheng. 12. Gaudin: Kircheng. 13. Gaudin: Kircheng. 14. Gaudin: Kircheng. 15. Gaudin: Kircheng. 16. Gaudin: Kircheng. 17. Gaudin: Kircheng. 18. Gaudin: Kircheng. 19. Gaudin: Kircheng. 20. Gaudin: Kircheng. 21. Gaudin: Kircheng. 22. Gaudin: Kircheng. 23. Gaudin: Kircheng. 24. Gaudin: Kircheng. 25. Gaudin: Kircheng. 26. Gaudin: Kircheng. 27. Gaudin: Kircheng. 28. Gaudin: Kircheng. 29. Gaudin: Kircheng. 30. Gaudin: Kircheng. 31. Gaudin: Kircheng. 32. Gaudin: Kircheng. 33. Gaudin: Kircheng. 34. Gaudin: Kircheng. 35. Gaudin: Kircheng. 36. Gaudin: Kircheng. 37. Gaudin: Kircheng. 38. Gaudin: Kircheng. 39. Gaudin: Kircheng. 40. Gaudin: Kircheng. 41. Gaudin: Kircheng. 42. Gaudin: Kircheng. 43. Gaudin: Kircheng. 44. Gaudin: Kircheng. 45. Gaudin: Kircheng. 46. Gaudin: Kircheng. 47. Gaudin: Kircheng. 48. Gaudin: Kircheng. 49. Gaudin: Kircheng. 50. Gaudin: Kircheng. 51. Gaudin: Kircheng. 52. Gaudin: Kircheng. 53. Gaudin: Kircheng. 54. Gaudin: Kircheng. 55. Gaudin: Kircheng. 56. Gaudin: Kircheng. 57. Gaudin: Kircheng. 58. Gaudin: Kircheng. 59. Gaudin: Kircheng. 60. Gaudin: Kircheng. 61. Gaudin: Kircheng. 62. Gaudin: Kircheng. 63. Gaudin: Kircheng. 64. Gaudin: Kircheng. 65. Gaudin: Kircheng. 66. Gaudin: Kircheng. 67. Gaudin: Kircheng. 68. Gaudin: Kircheng. 69. Gaudin: Kircheng. 70. Gaudin: Kircheng. 71. Gaudin: Kircheng. 72. Gaudin: Kircheng. 73. Gaudin: Kircheng. 74. Gaudin: Kircheng. 75. Gaudin: Kircheng. 76. Gaudin: Kircheng. 77. Gaudin: Kircheng. 78. Gaudin: Kircheng. 79. Gaudin: Kircheng. 80. Gaudin: Kircheng. 81. Gaudin: Kircheng. 82. Gaudin: Kircheng. 83. Gaudin: Kircheng. 84. Gaudin: Kircheng. 85. Gaudin: Kircheng. 86. Gaudin: Kircheng. 87. Gaudin: Kircheng. 88. Gaudin: Kircheng. 89. Gaudin: Kircheng. 90. Gaudin: Kircheng. 91. Gaudin: Kircheng. 92. Gaudin: Kircheng. 93. Gaudin: Kircheng. 94. Gaudin: Kircheng. 95. Gaudin: Kircheng. 96. Gaudin: Kircheng. 97. Gaudin: Kircheng. 98. Gaudin: Kircheng. 99. Gaudin: Kircheng. 100. Gaudin: Kircheng.

Prog. 249. 11: Mittagskonzert. 1. Gaudin: Kircheng. 2. Gaudin: Kircheng. 3. Gaudin: Kircheng. 4. Gaudin: Kircheng. 5. Gaudin: Kircheng. 6. Gaudin: Kircheng. 7. Gaudin: Kircheng. 8. Gaudin: Kircheng. 9. Gaudin: Kircheng. 10. Gaudin: Kircheng. 11. Gaudin: Kircheng. 12. Gaudin: Kircheng. 13. Gaudin: Kircheng. 14. Gaudin: Kircheng. 15. Gaudin: Kircheng. 16. Gaudin: Kircheng. 17. Gaudin: Kircheng. 18. Gaudin: Kircheng. 19. Gaudin: Kircheng. 20. Gaudin: Kircheng. 21. Gaudin: Kircheng. 22. Gaudin: Kircheng. 23. Gaudin: Kircheng. 24. Gaudin: Kircheng. 25. Gaudin: Kircheng. 26. Gaudin: Kircheng. 27. Gaudin: Kircheng. 28. Gaudin: Kircheng. 29. Gaudin: Kircheng. 30. Gaudin: Kircheng. 31. Gaudin: Kircheng. 32. Gaudin: Kircheng. 33. Gaudin: Kircheng. 34. Gaudin: Kircheng. 35. Gaudin: Kircheng. 36. Gaudin: Kircheng. 37. Gaudin: Kircheng. 38. Gaudin: Kircheng. 39. Gaudin: Kircheng. 40. Gaudin: Kircheng. 41. Gaudin: Kircheng. 42. Gaudin: Kircheng. 43. Gaudin: Kircheng. 44. Gaudin: Kircheng. 45. Gaudin: Kircheng. 46. Gaudin: Kircheng. 47. Gaudin: Kircheng. 48. Gaudin: Kircheng. 49. Gaudin: Kircheng. 50. Gaudin: Kircheng. 51. Gaudin: Kircheng. 52. Gaudin: Kircheng. 53. Gaudin: Kircheng. 54. Gaudin: Kircheng. 55. Gaudin: Kircheng. 56. Gaudin: Kircheng. 57. Gaudin: Kircheng. 58. Gaudin: Kircheng. 59. Gaudin: Kircheng. 60. Gaudin: Kircheng. 61. Gaudin: Kircheng. 62. Gaudin: Kircheng. 63. Gaudin: Kircheng. 64. Gaudin: Kircheng. 65. Gaudin: Kircheng. 66. Gaudin: Kircheng. 67. Gaudin: Kircheng. 68. Gaudin: Kircheng. 69. Gaudin: Kircheng. 70. Gaudin: Kircheng. 71. Gaudin: Kircheng. 72. Gaudin: Kircheng. 73. Gaudin: Kircheng. 74. Gaudin: Kircheng. 75. Gaudin: Kircheng. 76. Gaudin: Kircheng. 77. Gaudin: Kircheng. 78. Gaudin: Kircheng. 79. Gaudin: Kircheng. 80. Gaudin: Kircheng. 81. Gaudin: Kircheng. 82. Gaudin: Kircheng. 83. Gaudin: Kircheng. 84. Gaudin: Kircheng. 85. Gaudin: Kircheng. 86. Gaudin: Kircheng. 87. Gaudin: Kircheng. 88. Gaudin: Kircheng. 89. Gaudin: Kircheng. 90. Gaudin: Kircheng. 91. Gaudin: Kircheng. 92. Gaudin: Kircheng. 93. Gaudin: Kircheng. 94. Gaudin: Kircheng. 95. Gaudin: Kircheng. 96. Gaudin: Kircheng. 97. Gaudin: Kircheng. 98. Gaudin: Kircheng. 99. Gaudin: Kircheng. 100. Gaudin: Kircheng.

Prog. 249. 11: Mittagskonzert. 1. Gaudin: Kircheng. 2. Gaudin: Kircheng. 3. Gaudin: Kircheng. 4. Gaudin: Kircheng. 5. Gaudin: Kircheng. 6. Gaudin: Kircheng. 7. Gaudin: Kircheng. 8. Gaudin: Kircheng. 9. Gaudin: Kircheng. 10. Gaudin: Kircheng. 11. Gaudin: Kircheng. 12. Gaudin: Kircheng. 13. Gaudin: Kircheng. 14. Gaudin: Kircheng. 15. Gaudin: Kircheng. 16. Gaudin: Kircheng. 17. Gaudin: Kircheng. 18. Gaudin: Kircheng. 19. Gaudin: Kircheng. 20. Gaudin: Kircheng. 21. Gaudin: Kircheng. 22. Gaudin: Kircheng. 23. Gaudin: Kircheng. 24. Gaudin: Kircheng. 25. Gaudin: Kircheng. 26. Gaudin: Kircheng. 27. Gaudin: Kircheng. 28. Gaudin: Kircheng. 29. Gaudin: Kircheng. 30. Gaudin: Kircheng. 31. Gaudin: Kircheng. 32. Gaudin: Kircheng. 33. Gaudin: Kircheng. 34. Gaudin: Kircheng. 35. Gaudin: Kircheng. 36. Gaudin: Kircheng. 37. Gaudin: Kircheng. 38. Gaudin: Kircheng. 39. Gaudin: Kircheng. 40. Gaudin: Kircheng. 41. Gaudin: Kircheng. 42. Gaudin: Kircheng. 43. Gaudin: Kircheng. 44. Gaudin: Kircheng. 45. Gaudin: Kircheng. 46. Gaudin: Kircheng. 47. Gaudin: Kircheng. 48. Gaudin: Kircheng. 49. Gaudin: Kircheng. 50. Gaudin: Kircheng. 51. Gaudin: Kircheng. 52. Gaudin: Kircheng. 53. Gaudin: Kircheng. 54. Gaudin: Kircheng. 55. Gaudin: Kircheng. 56. Gaudin: Kircheng. 57. Gaudin: Kircheng. 58. Gaudin: Kircheng. 59. Gaudin: Kircheng. 60. Gaudin: Kircheng. 61. Gaudin: Kircheng. 62. Gaudin: Kircheng. 63. Gaudin: Kircheng. 64. Gaudin: Kircheng. 65. Gaudin: Kircheng. 66. Gaudin: Kircheng. 67. Gaudin: Kircheng. 68. Gaudin: Kircheng. 69. Gaudin: Kircheng. 70. Gaudin: Kircheng. 71. Gaudin: Kircheng. 72. Gaudin: Kircheng. 73. Gaudin: Kircheng. 74. Gaudin: Kircheng. 75. Gaudin: Kircheng. 76. Gaudin: Kircheng. 77. Gaudin: Kircheng. 78. Gaudin: Kircheng. 79. Gaudin: Kircheng. 80. Gaudin: Kircheng. 81. Gaudin: Kircheng. 82. Gaudin: Kircheng. 83. Gaudin: Kircheng. 84. Gaudin: Kircheng. 85. Gaudin: Kircheng. 86. Gaudin: Kircheng. 87. Gaudin: Kircheng. 88. Gaudin: Kircheng. 89. Gaudin: Kircheng. 90. Gaudin: Kircheng. 91. Gaudin: Kircheng. 92. Gaudin: Kircheng. 93. Gaudin: Kircheng. 94. Gaudin: Kircheng. 95. Gaudin: Kircheng. 96. Gaudin: Kircheng. 97. Gaudin: Kircheng. 98. Gaudin: Kircheng. 99. Gaudin: Kircheng. 100. Gaudin: Kircheng.

Deutschland.

Reichstagswahl. 1926. 18: Einheitsfront. 19: Einheitsfront. 20: Einheitsfront. 21: Einheitsfront. 22: Einheitsfront. 23: Einheitsfront. 24: Einheitsfront. 25: Einheitsfront. 26: Einheitsfront. 27: Einheitsfront. 28: Einheitsfront. 29: Einheitsfront. 30: Einheitsfront. 31: Einheitsfront. 32: Einheitsfront. 33: Einheitsfront. 34: Einheitsfront. 35: Einheitsfront. 36: Einheitsfront. 37: Einheitsfront. 38: Einheitsfront. 39: Einheitsfront. 40: Einheitsfront. 41: Einheitsfront. 42: Einheitsfront. 43: Einheitsfront. 44: Einheitsfront. 45: Einheitsfront. 46: Einheitsfront. 47: Einheitsfront. 48: Einheitsfront. 49: Einheitsfront. 50: Einheitsfront. 51: Einheitsfront. 52: Einheitsfront. 53: Einheitsfront. 54: Einheitsfront. 55: Einheitsfront. 56: Einheitsfront. 57: Einheitsfront. 58: Einheitsfront. 59: Einheitsfront. 60: Einheitsfront. 61: Einheitsfront. 62: Einheitsfront. 63: Einheitsfront. 64: Einheitsfront. 65: Einheitsfront. 66: Einheitsfront. 67: Einheitsfront. 68: Einheitsfront. 69: Einheitsfront. 70: Einheitsfront. 71: Einheitsfront. 72: Einheitsfront. 73: Einheitsfront. 74: Einheitsfront. 75: Einheitsfront. 76: Einheitsfront. 77: Einheitsfront. 78: Einheitsfront. 79: Einheitsfront. 80: Einheitsfront. 81: Einheitsfront. 82: Einheitsfront. 83: Einheitsfront. 84: Einheitsfront. 85: Einheitsfront. 86: Einheitsfront. 87: Einheitsfront. 88: Einheitsfront. 89: Einheitsfront. 90: Einheitsfront. 91: Einheitsfront. 92: Einheitsfront. 93: Einheitsfront. 94: Einheitsfront. 95: Einheitsfront. 96: Einheitsfront. 97: Einheitsfront. 98: Einheitsfront. 99: Einheitsfront. 100: Einheitsfront.

wodurch eine starke Explosion entstand. Durch den Aufdruck wurden eine größere Anzahl von Fenster- und Türscheiben in der allerersten Umgebung der Explosionsstätte zertrümmert. Verwundet wurde niemand. Der Vorfall wird untersucht.

Und wieder ein Soldatenelbstmord! In Straßburg hat sich dieser Tage der 24jährige Soldat, 24. Kavallerie-Regimentes Nr. 6, Johann Knapik, erhängt.

„Bonzenkreuzer Potemkin“. Unter diesem Titel bringt die Lenin-Größe „Krasnoje Goseta“ vom 31. Oktober folgende Notiz: „Der Film „Bonzenkreuzer Potemkin“ ist durch seine Vorführung im Auslandes stark abgelehnt worden und einige Teile werden wohl erneuert werden müssen. In diesem Falle schlagen wir der staatlichen Kinogewalt vor, einen Teil des Filmes (den Streifen mit den Morden) in der Kammer der staatlichen Vorzelebrosch „Proletarij“ zu drehen, u. yo. aus folgenden Gründen: In der Kammer des „Proletarij“ haben die Arbeiter des östlichen Morden in der Suppe gefunden. Obwohl man den Vertriebspreis, sowie den Arzt davon in Kenntnis gesetzt hat, sind bis heute noch keine entsprechenden Maßnahmen erfolgt.“

Keine Fabel. Ein gestriges Gahn die einen Regennorm mitten durch und verschluckte den oberen Teil. „Dem Himmel sei Dank!“ lautete der Ref. indem er, wenn etwas beläuft, weiterfroh, — „da bin ich ja noch mit einem blauen Auge davon gekommen!“

15. Hochsollwaffische Klassenlotterie. (Grundzahlen 03, 06 und 64.) Je 40.000 K: 58764, 214964; je 20.000 K: 81264, 216364; je 10.000 K: 31264, 188306; je 5000 K: 12464, 14906, 15903, 20406, 21406, 50303, 68703, 84364, 104108, 115306, 127864, 158703, 160303, 183664, 167003, 183606; je 2000 K: 11464, 11764, 15803, 15906, 19703, 34206, 40464, 41903, 44408, 44864, 48108, 50964, 60506, 61003, 63464, 64864, 66703, 67564, 68606, 69303, 100064, 101206, 105364, 112403, 114564, 119603, 127006, 129606, 130006, 130403, 131503, 133903, 135606, 143006, 147403, 150606, 152506, 153303, 159704, 160803, 164364, 166403, 169603, 170606, 180806, 181206, 186406, 201364, 207903, 209264, 209364, 211203, 212106, 213464, 216703, 228306, 230306, 232103, 282864, 237303; je 1000 K: 508, 764, 2306, 6406, 7706, 8406, 11706, 11806, 12164, 14464, 15403, 17403, 20106, 23364, 28106, 33308, 35103, 36606, 41706, 42403, 45803, 46406, 48364, 49706, 50926, 50406, 50706, 55764, 59603, 58106, 58164, 59706, 62364, 68306, 70903, 73906, 74706, 75603, 76803, 77006, 81964, 84464, 84706, 85103, 85903, 88203, 90164, 92303, 92303, 98803, 96106, 108003, 109006, 113703, 115806, 116706, 116864, 118103, 118403, 121464, 123464, 125504, 127064, 129103, 129564, 130903, 137364, 142406, 143003, 147103, 154706, 155806, 156303, 157364, 155406, 165406, 168003, 168303, 178403, 179803, 180464, 180703, 181264, 183264, 184706, 188164, 190003, 192403, 192803, 197264, 204164, 205206, 210103, 214403, 215003, 217803, 217803, 218364, 219664, 220664, 220806, 223303, 230606, 235164, 233306, 236806.

